

Systemwechsel im Entwurf des Bundeshaushalts 2024 hätte dramatische Folgen!

Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages,
sehr geehrte Damen und Herren,

als Träger der Jugendsozialarbeit / Jugendberufshilfe im zentralen Ruhrgebiet blicken wir mit großer Sorge auf die zukünftige Unterstützung benachteiligter junger Menschen und auf die massiven Kürzungen, die das Bundeskabinett am 5. Juli 2023 im Entwurf eines Bundeshaushalts 2024 beschlossen hat.

Nicht nur die Finanzmittel für 2024 sollen massiv reduziert werden, sondern auch für 2025 sind große Einsparungen vorgesehen. Zudem soll die arbeitsmarktorientierte Förderung von Bürgergeldempfänger*innen unter 25 Jahren zum 01. Januar 2025 von den Jobcentern (SGB II) auf die Agenturen für Arbeit (SGB III) übertragen werden. Ein solches Szenario hätte für die betroffenen jungen Menschen katastrophale Folgen! Wir machen uns daher für die bundesweit rund 700.000 junge Menschen stark, die zurzeit von den Jobcentern begleitet und betreut werden.

Die vorgesehenen Änderungen treffen die jungen Menschen und die Kommunen im zentralen Ruhrgebiet in besonders nachhaltiger Form. Neben dem immer noch nachwirkenden Strukturwandel haben langjährig entwickelte Bildungsbenachteiligungen breiter Bevölkerungsgruppen zu gravierenden Verdichtungen sozialer Belastungen geführt. Diese lassen sich beispielhaft an der Anzahl der Schulabbrecher*innen, den relevanten Arbeitslosenquoten und dem Anteil von Personen mit Migrationshintergrund eindeutig ablesen.

Für diese Menschen haben die Jobcenter im zentralen Ruhrgebiet in den zurückliegenden Jahren in enger Vernetzung mit den ortsansässigen Akteuren wichtige und unabdingbar notwendige Förderstrukturen aufgebaut. Die langjährig gewachsene rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit der Jugendsozialarbeit mit den Jugendberufsagenturen, mit den Jobcentern, mit Schule, Jugendhilfe, Jugendgerichtshilfe, örtlichen Netzwerken (Schulden-, Sucht- oder psychische Probleme) und auch mit der Agentur für Arbeit ist ein wesentlicher Schlüssel für eine erfolgreiche Unterstützung und Förderung der betroffenen jungen Menschen. Dieser erprobte und wirkungsvolle Ansatz ist durch die Sparpläne massiv gefährdet.

Durch eine Verschiebung der Förderstrukturen vom SGB II in das SGB III werden diese Strukturen zwangsläufig zerschlagen, da die entsprechend entwickelten Förderelemente in der strategischen Förderkulisse der Bundesagentur für Arbeit nicht abbildbar sind.

Zudem wird der bisher erfolgreich praktizierte Ansatz „Alles aus einer Hand“ aufgegeben, was sich für die jungen Menschen in doppelter Hinsicht als ausgesprochen problematisch darstellt.

Zum einen werden sie zukünftig mit mindestens zwei Behörden konfrontiert sein, wodurch der Prozess zusätzlich verkompliziert und eine weitere Hürde für die Betroffenen aufgebaut wird. Dadurch kommen die jungen Menschen nicht mehr im System an und gehen „verloren“.

Zum anderen ist gerade bei benachteiligten Familien und Jugendlichen ein ganzheitlicher und niederschwelliger Ansatz wichtig, um die Jugendlichen zu befähigen, zu begleiten und an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen. Eine bloße Vermittlung in Ausbildung oder Arbeit reicht hier nicht aus, wie auch die eben erst erfolgte Akzentuierung des Beratungs- und Betreuungsauftrages auf die für

Trägergruppe Jugendsozialarbeit im zentralen Ruhrgebiet
- Resolution zum Thema Rechtskreiswechsel U-25 -

Jugendliche zugeschnittenen Instrumente, wie zum Beispiel § 16h SGB II (Förderung schwer zu erreichende junger Menschen) und § 16k SGB II (ganzheitliche Betreuung), deutlich machen.

Die aktuellen Pläne stehen im krassen Gegensatz zur Absicht der Bundesregierung, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, Integration und Fachkräftegewinnung zu fördern, sowie zur regelmäßig betonten besonderen Wertschätzung der Arbeit gemeinnütziger Träger.

Im Gegenteil: mit den vorgesehenen Kürzungen werden Armut, soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Konflikte weiter zunehmen. Das kann und darf nicht Ziel politischen Handelns sein!

Als Zusammenschluss von Trägern der Jugendberufshilfe/Jugendsozialarbeit im zentralen Ruhrgebiet stellen wir uns entschieden gegen diese Pläne und bitten die politischen Verantwortlichen, die Umsetzung zu verhindern. Bitte nutzen Sie Ihren Einfluss und weisen im Bundestag auf die dramatischen Folgen der geplanten Kürzungen hin.

Sie sind herzlich eingeladen, sich auch bei uns vor Ort über die aktuelle Situation zu informieren und über die konkreten Folgen eines solchen Bundeshaushaltes ins Gespräch zu kommen.

Über eine Rückmeldung von Ihnen freuen wir uns.

Mit freundlichen Grüßen im Namen der nachfolgend aufgeführten Träger

Frank Janßen
(Die Kurbel OB)

Marion Stock
(Die Boje Essen)

Holger Ott
(KJS-Förderkorb GE)

